

Beitrag 7 vom 12.12.2025: Deutschland im Dezember 2025:

Am Beginn dieses Beitrags verweise ich zunächst auf meine Texte in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ auf dieser Seite und dort den Themenbereich 3 ‚Grundsätzliches zu Deutschland‘. Dort habe ich bereits vor einigen Monaten und teilweise sogar schon Jahren vor allem auch auf grundlegende Fehlentwicklungen und Versäumnisse in unserem Land hingewiesen. Leider finde ich heute im Grundsatz alle meine damals geäußerten Befürchtungen bestätigt, leider nicht selten noch übertroffen.

Aber noch schlimmer und damit auch frustrierender ist meine schwundende Hoffnung, dass sich an dieser negativen Entwicklung wirklich etwas hinreichend ändert, sprich dass in unserem Land derart grundlegende Kurskorrekturen erfolgen, welche in Ausmaß und Geschwindigkeit den Anforderungen, vor die wir gestellt sind, auch nur annähernd gerecht werden. Einige der Beiträge in dieser Rubrik beleuchten die desolate Lage Deutschlands sowie auch jene, sogar nicht schlimmere unseres wichtigsten Partners in Europa, nämlich Frankreich. Auch das betrifft uns selbst ganz erheblich.

Anschließend zitiere ich Auszüge aus einem Artikel auf t-online vom 09.12.2025 von Florian Harms mit der Überschrift „**Tagesanbruch: In Deutschland gehen Lichter aus**“, in welchem der Autor vieles von dem, das ich selber genauso denke und auch bereits mit meinen Worten auf dieser Seite formuliert habe, ausführt und mit weiteren aktuellen Daten untermauert. Darüber hinaus finden sich in meinen Texten – nicht nur auf meiner Internetseite – viele weitere Analysen und Fakten, welche ebenfalls die Grundeinschätzung der derzeitigen desolaten Lage Deutschlands belegen und erklären.

Doch vor den zitierten Auszügen aus dem oben genannten Artikel fasse ich einiges daraus kurz stichpunktartig zusammen:

- Aktuell rollt eine enorme Pleitewelle über unser Land und vernichtet dabei ca. 23.900 Unternehmen mit 285.000 hochqualifizierten Arbeitsplätzen.
- Diese Pleitewelle verursacht ungefähr Schäden in Höhe von 60 Milliarden Euro.

- Eine wichtige Ursache für diesen Niedergang sind die hohen deutschen Energiepreise. Und das wiederum liegt an unserer deutschen Energiewende, welche aus dem CO₂-armen Atomstrom ausgestiegen ist, ohne dass bereits genügend ökologisch erzeugter, preisgünstiger Strom zu jeder Zeit sicher zur Verfügung steht.
- Auch infolge dieser hohen Energiekosten planen Unternehmen vermehrt ihre zukünftigen Investitionen im Ausland zu tätigen und sogar in Deutschland bereits bestehende Produktionsbereiche ebenfalls in andere Länder mit besseren Standortbedingungen zu verlegen.
- Ein weiterer deutscher Nachteil gegenüber einigen wichtigen Wettbewerbern besteht in unserer überbordenden Bürokratie, welche unternehmerische Aktivität in einer unverantwortlichen Weise be- und oft auch ganz verhindert
- Ein viel zu teurer, bürokratisch organisierter Sozialstaat, der Arbeitsanreize oftmals unterminiert und aktuell Wohltaten unters Wahlvolk verteilt, als ob es kein Morgen gäbe: einige Stichworte sind ‚Bürgergeldreform‘ oder besser ‚Reförmchen, Rente mit 63 usw.
- Der demographische Wandel, dessen Auswirkungen seit Jahrzehnten von der Politik weitgehend ignoriert worden sind.
- Mangelnde Leistungsbereitschaft einschließlich notwendiger Härte in weiten Teilen unserer Bevölkerung, verbunden mit einer unrealistischen Erwartungshaltung an den Staat

Dies und noch einiges mehr ist nun in dem zitierten Auszug nachzulesen:

„Die deutsche Wirtschaft hat jahrzehntelang Millionen Menschen Wohlstand beschert. Zwischen Flensburg und Füssen tüfteln Weltmarktführer mit smarten Ingenieuren und soliden Bilanzen an exzellenten Produkten, um die sich Kunden rund um den Globus reißen: Diese Selbstwahrnehmung wurde hierzulande kultiviert. Tempi passati.

23.900 Unternehmensinsolvenzen erwartet die Wirtschaftskunftei Creditreform bis Ende dieses Jahres – so viele wie seit elf Jahren nicht mehr. 285.000 Arbeitsplätze sind verschwunden oder akut bedroht, fast 60 Milliarden Euro Pleiteschäden aufgelaufen.

Man kann diese Zahlen betrachten wie das Wetter: etwas mehr Regen, etwas weniger Sonne. Oder man liest sie als das, was sie sind: Vorboten eines **Erdbebens**, das gerade erst beginnt.

Der Mittelstand erlebt ein Stahlgewitter. Firmen mit 11 bis 50 Beschäftigten meldeten im ersten Halbjahr **17 Prozent** mehr Insolvenzen. In einem Staat, der sich selbst als "Mittelstandsland" definiert, kommt das einer Entkernung gleich. Was da verschwindet, sind nicht nur Handelsregistereinträge und Produktionsketten, sondern Werkstätten der Selbstachtung: Betriebe, in denen Menschen ihren Chef kennen und der Chef seine Leute.

Die Ursachen des Niedergangs sind zu erklecklichem Teil politisch verschuldet. Das moralisch hochgerüstete Jahrhundertprojekt der **Energiewende** entpuppt sich als Technikfalle und Wohlstandsvernichter. Nicht nur aus der klimaschädlichen Kohleförderung, sondern auch aus der CO2-passiven Kernkraft auszusteigen, bevor Wind und Sonne genügend Strom liefern können, mag andernorts wie ein Schildbürgerstreich anmuten. In Deutschland ist es seit Jahren das Programm aller bestimmenden Parteien. Die schädlichen Folgen werden immer offensichtlicher. In einer BDI-Umfrage geben fast **70 Prozent** der Betriebe an, ihre Produktion in den **nächsten drei Jahren** ins Ausland zu verlagern – wegen Donald Trumps Zollpolitik, aber auch wegen der hohen Energiepreise. Die Wohlstandsnation ist drauf und dran, eine Industriewende ohne Industrie durchzuziehen.

Demografischer Selbstbetrug verschärft die Lage: Während Betriebe händeringend Fachkräfte suchen, werden jedes Jahr Tausende Arbeitnehmer in die vorgezogene **Rente mit 63** verabschiedet – ein Privileg, das sich kaum ein anderes Land mit ähnlicher Wirtschaftskraft leistet. Die neue Aktivrente kann den absichtlichen Kompetenzabbau nicht kompensieren. So wird unter dem Kampfbegriff der "sozialen Gerechtigkeit" der Arbeitskräftemangel nicht mehr gelindert, sondern nur noch organisiert.

Hinzu kommt die deutsche Erbkrankheit: eine **Bürokratie**, die jeden Gründer behandelt, als wolle er dem Staat etwas stehlen. Behörden haben unzählige Formulare, Nachweise, Genehmigungen und Berichtspflichten zu einem Spinnennetz verwoben, das jede Eigeninitiative knebelt. Und wenn ein Unternehmer oder Investor erst einmal eingewickelt ist, wird er von der **Steuerverwaltung** ausgesaugt. Das war so lange verschmerzbar, wie die Republik den kosten-

losen Schutz Amerikas, billiges Gas aus Russland und endlose Absatzmärkte in China bekam. Nun ist alles weg, und der Laden läuft nicht mehr.

Man könnte erwarten, dass eine Regierung in dieser prekären Lage tut, was Regierungen in Krisen tun sollten: schnelle und tiefgreifende Reformen umsetzen. So, wie es **Gerhard Schröder** Anfang der 2000er Jahre mit den Hartz-Reformen vormachte. Tatsächlich hat der gegenwärtige Kanzler im Wahlkampf Ähnliches versprochen, sein Generalsekretär hat vollmundig einen "Herbst der Reformen" angekündigt.

Stattdessen hat das Land einen weiteren Herbst der Wohltaten bekommen. Statt sofort die Weichen für eine bessere Zukunft zu stellen, verteilt die Einheitspartei CDU/CSU/SPD Geschenke an ihre Wählerklientel und nennt sie "**Rentenpaket**". Echte Reformschritte sollen erst in ein paar Jahren folgen, nachdem sie von einer Kommission weichgebügelt worden sind. Bis dahin wächst der Schuldenberg um einen dreistelligen Milliardenbetrag, während sich die großspurig angekündigte **Bürgergeldreform** in kosmetischen Korrekturen erschöpft. Die Botschaft der Regierenden an die arbeitende Mitte lautet: Wir schätzen euch – als Steuerreservoir. Da passt die Kampf rhetorik von Arbeitsministerin **Bärbel Bas** ins Bild, die gegen Arbeitgeber "**kämpfen**" will.

Damit steht der Gegner der aktuellen Bundesregierung fest: Es sind diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen. In einem Land, das sich noch erinnert, wie mühsam es war, überhaupt eine leistungsfähige Volkswirtschaft aufzubauen, wäre das der Skandal des Jahres. In einem Land jedoch, das satt, bequem und konfliktscheu geworden ist, erntet so ein Satz nur ein paar pikierte Kommentare, dann ist wieder Ruhe im Karton. Kaum verwunderlich in einer Gesellschaft, die den Anspruch an sich selbst verloren hat. In der Lehrer und Ausbilder über Jugendliche klagen, denen beigebracht wurde, zuerst ihre Ansprüche zu formulieren, bevor sie über ihre Aufgaben nachdenken. Kennedys legendärer Satz "**Frag nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst**" dürfte in den Ohren der meisten Heranwachsenden hierzulande wie eine verstaubte Pointe aus dem Antiquariat klingen.

Die Wahrheit ist: Die aktuelle Krise ist weniger konjunkturell als kulturell. Insolvenzen sind zwar ihre sichtbarste, aber nicht ihre

schwerste Folge. Wo Leistung misstrauisch beäugt wird, wo Unternehmertum als verdächtige Bereicherungsstrategie gilt und wo Erfolg reflexhaft zur Umverteilung verpflichtet wird, dort frisst sich eine fatale Haltung durch das Gewebe der Gesellschaft: dass es schon irgendwie weitergeht, solange der Staat nur ausreichend Geld regnen lässt.

Staaten können Geld aber nicht erschaffen, sondern nur umverteilen, was zuvor erwirtschaftet wurde. Leiden diejenigen, die die Wertschöpfung organisieren – Großbetriebe und Mittelständler, Fachkräfte und Selbständige – unter Energiepreisen, Überregulierung und kollektiver Verachtung, versiegt die Quelle. Dann werden aus 23.900 Insolvenzen schnell 30.000 und schließlich eine ganze Branche.

Um der Abwärtsspirale zu entkommen, braucht Deutschland zweierlei: erstens eine Großrevision von Energieversorgung, Bürokratie und Sozialwesen, die keine unbequemen Einschnitte scheut. Zweitens eine Renaissance der Leistungskultur. Unternehmerisches Engagement muss sich nicht nur lohnen, sondern überhaupt mal wieder möglich sein, statt zwischen Gebühren, Auflagen und Misstrauen zu verkümmern. Wer Werte schafft, darf nicht schlechter dastehen als diejenigen, die nur von diesen Werten leben.

Das ist kein Ruf nach Härte um der Härte willen, sondern nach Ehrlichkeit. Ein Land, in dem in immer mehr Betrieben das Licht ausgeht, ist nicht sozial, sondern auf dem Weg in eine sehr unsoziale Zukunft. Noch lässt sich der Schalter umlegen. Aber dafür müsste endlich jemand aufstehen und zum Sicherungskasten gehen, statt weiter über das gemütliche Halbdunkel zu räsonieren.

Zitat des Tages

"Es sind Politiker wie Bas, Klingbeil und auch Merz, die sich vor den nötigen Reformen drücken. Die Insolvenzwelle wird deshalb weiterrollen. Nicht, weil es der Wirtschaft an Selbstvertrauen mangelt. Sondern weil der Politik der Mut fehlt." ("Neue Zürcher Zeitung")"
Ende des Zitats.

Abschließend möchte ich nochmals eindringlich auf meine Beiträge ganz zu Beginn dieses aktuellen Beitrags zu diesem Themenbereich in der Rubrik ‚Vernunftplattform‘ hinweisen. Es lohnt sich wirklich, dies in Verbindung mit den oben zitierten Auszügen in Beziehung zu setzen.